

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
gerechte Bewältigung der Kosten der großen Coronakrise

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung angesichts der im Zuge der Coronakrise mit Ende März 2021 auf ein Allzeithoch von 326,9 Milliarden Euro (87,4% BIP) gestiegenen Staatsschulden für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem einzusetzen, damit die Menschen, die arbeiten gehen, die Kosten der Krise am Ende des Tages nicht nahezu alleine bezahlen.

Begründung

Arbeit ist die Grundlage für den Wohlstand in Österreich. Dennoch ist Arbeit in Österreich besonders hoch besteuert. Bei der Belastung von arbeitenden Menschen hat Österreich im Vorjahr Italien überholt und nun die dritthöchsten Abgaben auf Arbeitseinkommen unter den 37 OECD-Staaten. Bei einer/einem DurchschnittsverdienerIn ohne Kinder machen Lohnsteuer und Sozialabgaben 47,3 Prozent der Lohnkosten aus. Mehr sind es nur in Belgien und Deutschland. Der OECD-Schnitt für Steuern und Abgaben auf Arbeit beträgt 34,6 Prozent laut der aktuellen Vergleichsstudie „Taxing Wages“.

Bei den vermögensbezogenen Steuern liegt Österreich hingegen im untersten Bereich, was die OECD auch in ihrem jüngsten Länderbericht über Österreich mit einer Empfehlung berücksichtigt hat: Die vergleichsweise hohe Belastung von Arbeitseinkommen soll gesenkt und in Richtung vermögensbezogener Steuern umgeschichtet werden. Die Kombination von hoher Besteuerung des Arbeitseinkommens und massiver steuerlicher Privilegien für Vermögende sehen die unterzeichneten Abgeordneten extrem kritisch: Die Belastung des Arbeitseinkommens schwächt Österreich im internationalen Wettbewerb. Es droht dadurch die Abwanderung von arbeitsplatzintensiven Unternehmen in Länder mit niedrigeren Löhnen oder niedrigerer Lohn-Besteuerung.

Solange Österreich selbst Steuerdumping bei vermögensbezogenen Steuern betreibt, werden Vermögende ungenügend an den hohen Kosten der Krise beteiligt. Wie hoch die Kosten tatsächlich sind, offenbart die Tatsache, dass der Finanzminister mit Ende März einen neuen Höchststand an Staatsschulden in Österreich eingestehen musste – 326,9 Milliarden Euro oder 87,4% des Bruttoinlandsprodukts. Die Betroffenheit Oberösterreichs ist allein schon aufgrund der gemeinschaftlichen Steuereinnahmen und Transfers zwischen Bund, Land und Gemeinden hoch. Aber auch Oberösterreich droht in den kommenden Jahren eine massive

Steigerung der Schulden – aufgrund von Sonderfinanzierungen und dem Verkauf der Wohnbaudarlehen.

Nur mit einem gerechten Umbau des Steuersystems kann es gelingen, eine Abwälzung der Krisenkosten auf die Menschen, die arbeiten gehen, sowie auf die Konsumentinnen und Konsumenten zu verhindern. Das Arbeitseinkommen muss entlastet werden, das Versprechen die kalte Progression abzuschaffen, muss eingelöst werden. Ersatzweise müssen ungerechtfertigte Steuerprivilegien auf Vermögen, Spekulation und internationale Konzernaktivitäten abgeschafft werden. Alle Sektoren müssen angemessen, aber ohne Überforderung, dazu beitragen, die österreichischen Arbeitsplätze zu sichern und die Krisenkosten gerecht aufzuteilen.

Linz, am 5. Juli 2021

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Lindner, Weichsler-Hauer, P. Binder, Knauseder, Krenn, Müllner, Promberger, Strauss, Margreiter, Schaller, Peutlberger-Naderer